Liefer- und Geschäftsbedingungen

I. Allgemeines

1. Allen Lieferungen und Leistungen liegen diese Bedingungen sowie etwaige gesonderte vertragliche Vereinbarungen zugrunde. Abweichende Einkaufsbedingungen des Bestellers werden auch durch Auftragsannahme nicht Vertragsinhalt. Ein Vertrag kommt - mangels besonderer Vereinbarung - mit der schriftlichen Auftragsbestätigung des Lieferers zustande.
2. Der Lieferer behält sich an Mustern, Kostenvoranschlägen, Zeichnungen u. ä. Informationen körperlicher und unkörperlicher Art - auch in elektronischer Form - Eigentums- und Urheberrechte vor; sie dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden. Der Lieferer verpflichtet sich, vom Besteller als vertraulich bezeichnete Informationen und Unterlagen nur mit dessen Zustimmung Dritten zugänglich zu machen.
3. Kosten für Muster und Entwürfe, die auf Verlangen des Bestellers hergestellt werden, sind dem Lieferer zu erstatten. Werden Muster einer Lieferung zugrunde gelegt, kann keine Gewähr für eine 100%-ige Übereinstimmung übernommen werden.
4. Die Beschreibungen der Waren in Prospekten oder sonstigen Dokumentationen stellen keine Garantien im Sinne des § 443Abs. 1 BGB dar.

II. Preis und Zahlung

1. Die Preise sind freibleibend und gelten mangels besonderer Vereinbarung ab Werk (ex Works, Incoterms 2000) einschließlich Verpackung und Verladung im Werk, jedoch ausschließlich Entladung. Zu den Preisen kommt die Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe hinzu.
2. Mangels besonderer Vereinbarung, ist die Zahlung sofort bei Erhalt der Ware, ohne jeden Abzug, auf das Konto des Lieferers zu leisten. Der Lieferer ist auch berechtigt, nur gegen Vorauskasse zu liefern. Zur Annahme von Zahlungen sind Vertreter des Lieferers nicht berechtigt. Die Annahme von Schecks oder Wechseln bleibt vorbehalten. Bei Vereinbarung von Wechseln sämtliche Spesen und Zinsen zu Lasten des Bestellers.
3. Das Recht, Zahlungen zurückzuhalten oder mit Gegenansprüchen aufzurechnen, steht dem Besteller nur insoweit zu, als seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
4. Gerät der Besteller in Zahlungsverzug, ist der Lieferer berechtigt, alle, auch die noch nicht fälligen und die gestundeten Beträge sofort fällig zu stellen. Stehen uns kraft Gesetzes oder Vertrages Zinsen zu, so gilt, vorbehaltlich weiterer Schadensersatzansprüche, ein Zinssatz in Höhe von 4% über dem jeweils geltenden Basiszinssatz der europäischen Zentralbank.

III. Lieferzeit, Lieferverzögerung

1. Die Lieferzeit ergibt sich aus den Vereinbarungen der Vertragsparteien. hre Einhaltung durch den Lieferer setzt voraus, dass alle kaufmännischen und technischen Fragen zwischen den Vertragsparteien geklärt sind und der Besteller alle ihm obliegenden Verpflichtungen, wie z.B. Beibringung der erforderlichen behördlichen Bescheinigungen oder Genehmigungen oder die Leistung einer Anzahlung erfüllt hat. Ist dies nicht der Fall, so verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Dies gilt nicht, soweit der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.
2. Die Einhaltung der Lieferfrist steht unter dem Vorbehalt richtiger und rechtzeitiger Selbstbelieferung. Sich abzeichnende Verzögerungen teilt der Lieferer sobald als möglich mit.
3. Die Lieferfrist ist eingehalten, wenn der Liefergegenstand bis zu ihrem Ablauf das Werk des Lieferers verlassen hat oder die Versandbereitschaft gemeldet ist.
4. Werden der Versand bzw. die Abnahme des Liefergegenstandes aus Gründen verzögert, die der Besteller zu vertreten hat, so werden ihm, beginnend 2 Tage nach Meldung der Versand- bzw. der Abnahmebereitschaft, die durch die Verzögerung entstandenen Kosten berechnet.
5. Ist die Nichteinhaltung der Lieferzeit auf höhere Gewalt, auf Arbeitskämpfe oder sonstige Ereignisse, die außerhalb des Einflussbereiches des Lieferers liegen, zurückzuführen, so verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Der Lieferer wird dem Besteller den Beginn und das Ende derartiger Umstände baldmöglichst mitteilen.
6. Der Besteller kann ohne Fristsetzung vom Vertrag zurücktreten, wenn dem Lieferer die gesamte Leistung vor Gefahrübergang endgültig unmöglich wird. Der Besteller kann darüber hinaus vom Vertrag zurücktreten, wenn bei einer Bestellung die Ausführung eines Teils der Lieferung unmöglich wird und er ein berechtigtes Interesse an der Ablehnung der Teillieferung hat. Ist dies nicht der Fall, so hat der Besteller den auf die Teillieferung entfallenden Vertragspreis zu zahlen. Dasselbe gilt bei Unvermögen des Lieferers. Im Übrigen gilt Abschnitt VII.2. Tritt die Unmöglichkeit oder das Unvermögen während des Annahmeverzuges ein oder ist der Besteller für diese Umstände allein oder weit überwiegend verantwortlich, bleibt er zur Gegenleistung verpflichtet.
7. Kommt der Lieferer in Verzug und erwächst dem Besteller hieraus ein Schaden, so ist er berechtigt, eine pauschale Verzugsentschädigung zu verlangen. Sie beträgt für jede volle Woche der Verspätung 0,5 %, im Ganzen aber höchstens 5 % vom Wert desjenigen Teils der Gesamtlieferung, der infolge der Verspätung nicht rechtzeitig oder nicht vertragsgemäß genutzt werden kann. Setzt der Besteller dem Lieferer - unter Berücksichtigung der gesetzlichen Ausnahmefälle - nach Fälligkeit eine angemessene Frist zur Leistung und wird die Frist nicht eingehalten, ist der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zum Rücktritt berechtigt. Weitere Ansprüche aus Lieferverzug bestimmen sich ausschließlich nach Abschnitt VII.2 dieser Bedingungen.

IV. Gefahrübergang, Abnahme

1. Die Gefahr geht auf den Besteller über, wenn der Liefergegenstand das Werk verlassen hat, und zwar auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen oder der Lieferer noch andere Leistungen, z.B. die Versandkosten oder Anlieferung und Aufstellung übernommen hat. Soweit eine Abnahme zu erfolgen hat, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Sie muss unverzüglich zum Abnahmetermin, hilfsweise nach der Meldung des Lieferers über die Abnahmebereitschaft durchgeführt werden. Der Besteller darf die Abnahme bei Vorliegen eines nicht wesentlichen Mangels nicht verweigern. Beanstandungen sind innerhalb einer Woche vorzubringen.
2. Verzögert sich oder unterbleibt der Versand bzw. die Abnahme infolge von Umständen, die dem Lieferer nicht zuzurechnen sind, geht die Gefahr vom Tage der Meldung der Versand bzw. Abnahmebereitschaft auf den Besteller über. Der Lieferer verpflichtet sich, auf Kosten des Bestellers die Versicherungen abzuschließen, die dieser verlangt.
3. Teillieferungen, sowie Mehr- oder Minderlieferungen bei Sonderanfertigungen (bis zu 10%, bei Mengen unter 100 Stück pro Typ auch mehr) sind zulässig, soweit für den Besteller zumutbar.

V. Eigentumsvorbehalt

1. Der Lieferer behält sich das Eigentum an dem Liefergegenstand bis zum Eingang aller Zahlungen aus dem Liefervertrag vor. Kommt der Besteller seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nach, insbesondere im Fall des Zahlungsverzugs, sind wir berechtigt vom Vertrag zurückzutreten und den gelieferten Gegenstand herauszuverlangen; der Besteller ist zur Herausgabe des Gegenstands verpflichtet. Die Kosten der Rückholung gehen zu Lasten des Bestellers.
2. Bei Pfändungen sowie Beschlagnahme oder sonstigen Verfügungen durch Dritte hat der Besteller den Lieferer unverzüglich davon zu benachrichtigen.
3. Aufgrund des Eigentumsvorbehalts kann der Lieferer den Liefergegenstand nur heraus verlangen, wenn er vom Vertrag zurückgetreten ist.
4. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens berechtigt den Lieferer vom Vertrag zurückzutreten und die sofortige Rückgabe des Liefergegenstandes zu verlangen.
5. Der Besteller ist berechtigt, den gelieferten Gegenstand im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu veräußern. Er tritt uns bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Rechnungswertes unserer Forderungen bzw. entsprechend dem Wert der gelieferten Vorbehaltsware ab, die ihm durch die Weiterveräußerung gegen einen Dritten erwachsen. Wir nehmen die Abtretung an. Nach Abtretung ist der Besteller zur Einziehung der Forderung ermächtigt. Wir behalten uns vor, die Forderung selbst einzuziehen, sobald der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt und in Zahlungsverzug gerät.
6. Die Be- und Verarbeitung des gelieferten Liefergegenstandes erfolgt stets im Namen und im Auftrag für uns. Erfolgt eine Verarbeitung mit uns nicht gehörenden Liefergegenständen, so erwerben wir an der neuen Sache das Miteigentum im Verhältnis zum Wert des von uns gelieferten Liefergegenstandes zu den sonstigen verarbeiteten Liefergegenständen. Dasselbe gilt, wenn der gelieferte Liefergegenstand mit anderen, uns nicht gehörenden Liefergegenständen vermischt wird.

| **PK AGB** 04052010-1 | www.volzfilters.com |

Warunki dostaw i warunki handlowe

I. Uwagi ogólne

1. Niniejsze warunki, jak również odrębne porozumienia umowne stanowią podstawę wszelkich dostaw i świadczeń. Inne warunki zakupów zamawiającego nie stanowią przedmiotu treści umowy również po przyjęciu zlecenia. Umowa dochodzi do skutku - o ile nie uzgodniono inaczej - po pisemnym potwierdzeniu zlecenia przez dostawcę.
2. Dostawca zastrzega sobie prawo do wzorów, kosztorysów, rysunków oraz podobnych informacji natury materialnej i niematerialnej - w tym w formie elektronicznej - praw autorskich; nie mogą one być udostępniane osobom trzecim. Dostawca zobowiązuje się do udostępniania osobom trzecim informacji i dokumentów oznaczonych przez zamawiającego jako poufne jedynie za jego zgodą.
3. Dostawcy należy zwrócić koszty wzorów i projektów wykonywanych na wniosek zamawiającego. Jeżeli wzory stanowią podstawę dostawy, nie można zagwarantować ich 100% zgodności.
4. Opisy produktów w prospektach i innych dokumentacjach nie stanowią gwarancji w rozumieniu § 443 ust. 1 Kodeksu Cywilnego.

II. Ceny i płatności

1. Ceny mogą ulec zmianie i obowiązują, jeżeli nie uzgodniono inaczej, z zakładu (ex works, Incoterms 2000), łącznie z opakowaniem i załadunkiem w zakładzie, jednakże bez rozładunku. Ceny podlegają opodatkowaniu podatkiem VAT w wysokości ustawowej.
2. O ile nie uzgodniono inaczej, płatności należy dokonać natychmiast po otrzymaniu towaru, bez potrąceń, na konto dostawcy. Dostawca ma również prawo do realizacji dostaw wyłącznie po dokonaniu płatności z góry. Przedstawiciele dostawcy nie są upoważnieni do przyjmowania płatności. Zastrzega się prawo do akceptacji czeków lub weksli. Przy przedstawieniu weksli wszelkie opłaty i odsetki obciążają kupującego.
3. Prawo do wstrzymania płatności lub kompensacji wzajemnych zamawiającemu przysługuje jedynie wtedy, gdy jego roszczenia są bezsporne lub prawnie wiążące.
4. Jeżeli nastąpiła zwłoka w płatności zamawiającego, dostawca ma prawo postawienia w stan natychmiastowej wymagalności wszystkie należności, również te, które nie są jeszcze wymagane i płatności odroczone. Jeżeli zgodnie z prawem lub umową przysługują nam odsetki, to, z zastrzeżeniem dalszych roszczeń odszkodowawczych, obowiązuje stopa procentowa w wysokości 4% powyżej obowiązującej stopy bazowej Europejskiego Banku Centralnego.

III. Termin dostawy, zwłoka w dostawie

1. Termin dostawy wynika z uzgodnień między stronami umowy. Jego dotrzymanie przez dostawcę zakłada, że wszystkie kwestie handlowe i techniczne między stronami umowy zostały wyjaśnione i zamawiający wypełnił wszystkie swoje zobowiązania, takie jak zapewnienie niezbędnych zaświadczeń i zezwoleń urzędowych lub wpłata zaliczki. Jeżeli tak nie jest, czas dostawy zostanie odpowiednio przedłużony. Powyższe nie ma zastosowania, jeżeli dostawca jest odpowiedzialny za opóźnienie.
2. Dotrzymanie terminu dostawy podlega zastrzeżeniu realizacji prawidłowych i terminowych dostaw własnych. O przewidywanych opóźnieniach dostawca powiadamia jak najszybciej.
3. Termin dostawy jest dotrzymany, jeżeli przedmiot dostawy opuści zakład do jego upływu lub zgłoszona zostanie gotowość do wysyłki.
4. Jeżeli nastąpiło opóźnienie wysyłki lub odbioru przedmiotu dostawy z przyczyn, za które odpowiedzialny jest zamawiający, to, począwszy od 2 dnia od zgłoszenia gotowości do wysyłki lub odbioru, naliczone zostaną mu koszty poniesione z tytułu opóźnienia.
5. W przypadku niedotrzymania terminu dostawy z powodu działania siły wyższej, sporów pracowniczych lub innych zdarzeń, które są poza kontrolą dostawcy, termin dostawy zostanie odpowiednio przedłużony. Dostawca powiadomi zamawiającego jak najszybciej o początku i końcu takich okoliczności.
6. Zamawiający może odstąpić od umowy bez wyznaczania terminu dodatkowego, jeżeli dostawca nie może ostatecznie wykonać całego świadczenia przed przejściem ryzyka. Zamawiający może ponadto odstąpić od umowy, jeżeli po zamówieniu wykonanie części dostawy staje się niemożliwe i ma on uzasadniony interes w odrzuceniu dostawy częściowej. Jeżeli tak nie jest, zamawiający powinien dokonać zapłaty ceny umownej przypadającej na dostawę częściową. To samo dotyczy niezdolności świadczenia dostawcy. W pozostałym zakresie obowiązuje rozdział VII. 2. Jeżeli niemożność lub niezdolność nastąpi w czasie trwania opóźnienia w przyjęciu lub zamawiający jest wyłącznie lub w dużej mierze odpowiedzialny za te okoliczności, jest on zobowiązany do świadczenia wzajemnego.
7. Jeżeli nastąpi zwłoka dostawcy i zamawiający poniesie szkodę z tego tytułu, ma on prawo zażądania ryczałtowego odszkodowania za zwłokę. Wynosi ona 0,5% za każdy pełny tydzień opóźnienia, jednakże maksymalnie nie więcej niż 5% wartości tej części całkowitej dostawy, która z powodu opóźnienia nie może być wykorzystana w terminie lub zgodnie z umową. Jeżeli zamawiający wyznaczy dostawcy – z uwzględnieniem przypadków wyjątkowych przewidzianych przez prawo - po upływie terminu stosowny termin dodatkowy na wykonanie świadczenia i termin ten nie zostanie dotrzymany, zamawiający jest uprawiony do odstąpienia od umowy na podstawie przepisów ustawowych. Dalsze roszczenia z tytułu opóźnienia dostawy określone są wyłącznie w rozdziale VII. 2 niniejszych warunków.

IV. Przejście ryzyka, wysyłka

1. Ryzyko przechodzi na zamawiającego w momencie opuszczenia zakładu przez przedmiot dostawy, a mianowicie również wtedy, gdy następują dostawy częściowe lub dostawca przyjął do realizacji jeszcze inne świadczenia, np. koszty wysyłki lub transport i montaż. Jeżeli ma nastąpić odbiór, jest on decydujący dla przejścia ryzyka. Musi on zostać przeprowadzony w terminie odbioru, alternatywnie po zgłoszeniu przez dostawcę gotowości do odbioru. Zamawiający nie może odmówić dokonania odbioru w przypadku występowania niestotnych wad. Reklamacje należy złożyć w ciągu jednego tygodnia.
2. Jeżeli nastąpi zwłoka w wysyłce lub wysyłka wzgl. odbiór nie dojdzie do skutku ze względu na okoliczności, za które winy nie ponosi dostawca, ryzyko przechodzi na zamawiającego w dniu zgłoszenia gotowości wysyłki lub odbioru. Dostawca zobowiązuje się zawrzeć na koszt zamawiającego ubezpieczenie, którego ten wymaga.
3. Dostawy częściowe, jak również dostawy zwiększone lub zmniejszone w przypadku specjalnego wykonania (do 10%, w przypadku wielkości poniżej 100 sztuk każdego typu nawet więcej) są dozwolone, jeżeli są one dostosowane do możliwości zamawiającego.

V. Zastrzeżenie prawa własności

1. Dostawca zastrzega sobie prawo własności przedmiotu dostawy do czasu wpłynięcia wszystkich płatności wynikających z umowy dostawy. Jeżeli zamawiający nie realizuje swoich zobowiązań umownych, w szczególności w przypadku zwłoki w płatności, jesteśmy uprawnieni do odstąpienia od umowy i zażądania wydania przedmiotu dostawy; zamawiający jest zobowiązany do wydania przedmiotu dostawy. Koszty zwrotu pokrywa zamawiający.
2. W przypadku zajęcia, jak również konfiskaty lub innych rozporządzeń przez osoby trzecie zamawiający powinien niezwłocznie poinformować o tym dostawcę.
3. Na podstawie zastrzeżenia własności dostawca może zażądać wydania przedmiotu dostawy tylko w związku z odstąpieniem od umowy.
4. Wniosek o otwarcie postępowania upadłościowego uprawnia dostawcę do odstąpienia od umowy i zażądania natychmiastowego zwrotu przedmiotu dostawy.
5. Zamawiający jest uprawniony do odsprzedaży dostarczonego przedmiotu dostawy w ramach zwykłej działalności handlowej. Przenosi on na nas już teraz wszystkie należności w wysokości wartości faktur naszych wierzytelności lub odpowiadające wartości dostarczonych nam towarów objętych zastrzeżeniem własności uzyskane z tytułu odsprzedaży osobom trzecim. Cesję tę przyjmujemy. Po dokonaniu cesji zamawiający jest upoważniony do ściągania wierzytelności. Zastrzegamy sobie prawo do ściągania należności we własnym zakresie, jeżeli zamawiający nie realizuje należycie swoich zobowiązań płatniczych i następuje zwłoka w jego płatnościach.
6. Obróbka i przetwarzanie dostarczonego przedmiotu następuje zawsze w naszym imieniu i na naszą rzecz. Jeżeli przetwarzanie następuje wraz z przedmiotami nienależącymi do nas, nabywamy współwłasność w nowej rzeczy w stosunku wartości dostarczonego przez nas przedmiotu do wartości pozostałych przetwarzanych przedmiotów. To samo stosuje się, jeżeli przedmiot dostawy zostaje zmieszany z innymi nienależącymi do nas przedmiotami.

| **PK AGB** 04052010-1 | www.volzfilters.com |

Tytuł	Odniesienie
Federalny Trybunał Sprawiedliwości: Założenia świadomości wady prawnej	NJW 1979, 713

Założenia świadomości wady prawnej

Niemiecki kodeks cywilny § 439

1. Odpowiedz na pytanie, kiedy kupujący ma świadomość istnienia wady prawnej.

2. Świadomość występowania wady prawnej należy utożsamiać z faktem, w którym kupujący liczy się z jej wystąpieniem i podejmuje świadomie ryzyko, iż założenie to może być prawdziwe.

Federalny Trybunał Sprawiedliwości, wyrok z dnia 20.7.2005 r. - VIII ZR 114/77 (Oldenburg)

Stan faktyczny:

Pozwany nabył od powoda, holenderskiej firmy handlowej, około 100 ton oleju silnikowego w puszkach. Pochodzący z amerykańskiego importu olej silnikowy został przeznaczony przez pozwanego do odsprzedaży w Republice Federalnej Niemiec i miał być odbierany przez niego u powoda w Holandii w ramach dostaw częściowych. Po wielokrotnych naleganiach ze strony powoda pozwany odebrał 400 kartonów i zapłacił za nie. Kolejnych odbiorów odmówił z uzasadnieniem, że nie może tego oleju silnikowego sprzedawać w Republice Federalnej Niemiec; firma A zwróciła mu - pozwanemu - uwagę na to, że firma B posiada prawa patentowe do tego oleju; w przypadku odsprzedaży firma A zagroziła mu ponadto wszczęciem przeciwko niemu kroków prawnych z uwagi na swoje wyłączne prawa dystrybucji w Republice Federalnej Niemiec; tę wadę prawną powód przemilczał świadomie wobec niego - pozwanego - przy zawieraniu umowy, a nawet raczej utwierdzał go w przekonaniu, że zbyt w Republice Federalnej nie napotka na żadne trudności. Powód twierdzi, że pozwany zdawał sobie sprawę przy zawieraniu umowy z czekających go trudności przy sprzedaży w Republice Federalnej Niemiec; pogodził się jednak z tym i podjął to ryzyko.

Sąd Krajowy uwzględnił jednocześnie pozew o zapłatę z tytułu dostaw.

Odwołanie pozwanego nie zakończyło się powodzeniem.

Rewizja doprowadziła do uchylenia i oddalenia.

Uzasadnienie:

I. Sąd Apelacyjny zakłada, że olej sprzedany przez powoda pozwanemu wchodzi w zakres ochrony patentowej na rzecz spółki *B* istniejącego patentu i tym samym był dotknięty wadą prawną. Niemniej jednak pozwany nie może powoływać się z tego powodu na prawo do odstąpienia od umowy dlatego, ponieważ fakty stanowiące podstawę wady prawnej były mu już znane przy zawieraniu umowy. Nie wykazał on również, że powód przyrzekł mu możliwość sprzedaży tego oleju silnikowego w Republice Federalnej Niemiec - jako warunek roszczeń gwarancyjnych. I wreszcie powoływanie się pozwanego na odpadnięcie podstawy prawnej zobowiązania jest dlatego chybione, ponieważ pozwanemu znane były ewentualne trudności przy odsprzedaży przed zawarciem umowy, a on dokonując tej czynności prawnej podjął pewne ryzyko handlowe.

II. Te stwierdzenia Sądu Apelacyjnego okazują się jednakże błędne po dokonaniu weryfikacji prawnej. Polegają one w szczególności na błędnej pod względem prawnym interpretacji i zastosowaniu § 439 niemieckiego kodeksu cywilnego.

1. To, że wada prawna w rozumieniu § 434 niemieckiego kodeksu cywilnego może występować wówczas, jeżeli nabyta rzecz objęta jest ochronną patentową osoby trzeciej lub prawem wyłącznej dystrybucji, odpowiada ugruntowanemu poglądowi w orzecznictwie prawnym i literaturze (*RG* JW 1911 645 = Warn 1911 Nr 366; *Trybunał* NJW 1973 1545 = WM 1973 978;

714

Federalny Trybunał Sprawiedliwości: Założenia świadomości wady prawnej (NJW 1979, 713)

Mezger, w: RGRK, 12. Wyd., § 434 nr motywu 6 z dal. dok.). W tym względzie również obie strony nie podnoszą żadnych zarzutów w toku postępowania kasacyjnego.

2. Zgodnie z § 439 i niemieckiego kodeksu cywilnego sprzedający nie jest odpowiedzialny za taką wadę prawną, jeśli kupujący wie o tej wadzie przy zawieraniu umowy.

a) To uregulowanie ustawowe znajduje swoje uzasadnienie w idei domniemanej rezygnacji kupującego z odpowiedzialności sprzedającego z tytułu wad prawnych (motywu II, 215 [do § 373]). Ten, komu znana jest wada prawna, musi przyjąć taką postawę, nawet jeżeli faktycznie nie miał takiej woli w tym względzie, jak gdyby rezygnował w tym zakresie z gwarancji lub chciał wziąć na siebie grożące mu ryzyko ze strony dochodzenia praw osób trzecich (*SN* JW 1911 645 = W ARN 1911 nr 366). Takie niezbicie domniemane zrzeczenie się zakłada jednakże rzeczywistą świadomość wady w chwili zawierania umowy. Zwykła nieświadomość przez niedbałość nie wystarcza. Również nieznajomość *rzeczywistych* warunków uzasadniających wadę prawną sama nie wystarczy; należy do tego dodać, że kupujący musi znać konsekwencje prawne znanych mu faktów (Zbiór orzeczeń Trybunału w sprawach cywilnych 13, 341 [345] = NJW 1954, 1366; *Federalny Trybunał Sprawiedliwości*, LM § 539 kc nr 1 = NJW 1952, 1131 L, do podobnej problematyki w prawie najmu ; *Mezger*, § 439 nr motywu 3); gdyż jedynie pod warunkiem faktycznej świadomości naruszenia prawa można z reguły wnioskować co do zrzeczenia się, jak to niezaprzeczalnie dostrzegwa się w § 439 I niemieckiego kodeksu cywilnego. To, żeby kupujący - zwłaszcza, jeśli jest on laikiem w zakresie znajomości prawa - miał pełną świadomość prawną tego, czego może dochodzić osoba trzecia w zakresie prawnym w stosunku do rzeczy nabytej, nie jest oczywiście wymagane; kupujący musi jednakże w istocie w każdym razie zdawać sobie sprawę z tego, jakie roszczenia ze strony osób trzecich wchodzą w rachubę w odniesieniu do przedmiotu zakupu.

b) Z drugiej strony świadomość ta w rozumieniu § 439 niemieckiego kodeksu cywilnego nie musi być w pełni nieświadomy *zakresu* wady prawnej, lecz tylko jej prawnych i ekonomicznych *implikacji*; gdyż taka pomyłka, jak przyjmuje się w orzecznictwie i literaturze, nie stoi na przeszkodzie akceptacji rezygnacji z gwarancji (Orzecznictwo SN w sprawach cywilnych 52, 167 [169]; SN, prawo 1909 nr 2375 = Warn 1909 nr 501; SN, JW 1911, 645[646] = Warn 1911 nr 366; *SN*, prawo 1915 nr 1051; FTS NJW 1951, 705 [w Zbiorze orzeczeń Trybunału w sprawach cywilnych 2, 331, o ile nie drukowane]; *FTS*, LM § 539 nr 1 = NJW 1952, 1131 L, WM 1972, 556 [557];*Staudinger-Honsell*, FTS, 12. wyd., § 439 nr motywu 3; *Soergel-Ballerstedt*, niemiecki kodeks cywilny, § 439 uw. 3; *Erman-Weitnauer*, niemiecki kodeks cywilny, 6. wyd., § 439 nr motywu 2; *Mezger*, § 439 nr motywu 3. Przy tym w rzeczy samej w poszczególnych sprawach może być trudno rozróżnić między znajomością zakresu prawa obcego oraz jego skutkami prawnymi.

Zwykła pomyłka co do doniosłości wady prawnej może mieć miejsce przykładowo wtedy, jeżeli nabywcy nieruchomości w postępowaniu licytacyjnym przymusowym wprawdzie znane jest obce prawo dzierżawy, ale miał on błędne wyobrażenie co do możliwości wygaszenia tych praw przez wypowiedzenie (Orzecznictwo SN w sprawach cywilnych 52, 167 [169]).

c) Kwestia rozgraniczenia pomyłki dotyczącej zakresu wady prawnej z jednej strony i jej doniosłości z drugiej strony nie wymaga tutaj jednakże dalszego zgłębiania; gdyż Sąd Apelacyjny nie stwierdził nawet - jak wymaga tego zastosowanie § 439 I niemieckiego kodeksu cywilnego - czy pozwany jako kupujący był świadom istnienia (zakresu) wady prawnej. Przede wszystkim zwraca uwagę na to, że powód przedstawił dowód na poparcie swojego twierdzenia, iż pozwanemu znane były *fakty*, na których chce oprzeć istnienie wady prawnej. Dalsze stwierdzenie, że pozwany miał "rzeczywistą świadomość - możliwej - wady prawnej", stoi z tym tylko pozornie w sprzeczności. W rzeczywistości Sąd Apelacyjny chce - trzeba to wywnioskować ze związku przyczynowego podstawa rozstrzygnięcia - przekazać, że pozwanemu zgodnie z zebranymi dowodami znane było wprawdzie istnienie patentu na rzecz spółki *B* oraz prawo wyłącznej dystrybucji firmy *A* w Republice Federalnej Niemiec, lecz nie wiedział on, że te obydwa prawa obejmowały również importowany ze Stanów Zjednoczonych Ameryki olej silnikowy stanowiący przedmiot sporu.

Czy tym samym nie wystąpił już brak niezbędnej świadomości faktów leżących u podstaw wady prawnej, może być tutaj poddane w wątpliwość; w każdym razie powód nie przedstawił dowodów, do czego był zobowiązany, że pozwany wiedział o ewentualnych istniejących prawach osób trzecich do przedmiotu zakupu - a więc wadzie prawnej (§ 434 niemieckiego kodeksu cywilnego). Tym samym nie ma tu jednakże miejsca na oparte o § 439 niemieckiego kodeksu cywilnego wykluczenie odpowiedzialności.

3. Sąd Apelacyjny nie zajął się - w każdym razie jednoznacznie - kwestią, czy pozwany liczył się z istnieniem wady prawnej i świadomie zaakceptował ryzyko, iż założenie jest prawidłowe. Sprawdzenie tej kwestii nawet - jak wynika z sprawy po przedstawieniu stanu rzeczy przez powoda. Jeżeli powany faktycznie zakładał możliwość istnienia konfliktu praw i odrzucił swoje wątpliwości w nadziei, że "wszystko będzie w porządku", aby nie stracić korzystnej dla siebie transakcji handlowej polegającej na odsprzedaży, musiałby więc postąpić tak, jak gdyby ta wada prawna znana mu była od samego początku; gdyż tego rodzaju świadome podjęcie ryzyka jawi się z punktu widzenia § 439 niemieckiego kodeksu cywilnego również jako zrzeczenie się ewentualnych roszczeń gwarancyjnych (Orzecznictwo SN 96, 227 [230]; porównaj *Trybunał*, NJW 1960 720 = WM 1960, 582 [585 i nast.] = LM § 439 kc nr 3;) *Mezger*, § 439 nr motywu 3; *Staudinger-Honsell*, § 439 nr motywu 3). W związku z tym sprawa ta wymaga jednakże jeszcze dalszych ustaleń, które może poczynić *Trybunał* we własnym zakresie.

Titel	Fundstelle
BGH: Voraussetzungen der Kenntnis von einem Rechtsmangel	NJW 1979, 713

Voraussetzungen der Kenntnis von einem Rechtsmangel

BGB§ 439

3. Zur Frage, wann eine Kenntnis des Käufers von einem Rechtsmangel vorliegt.

4. Der Kenntnis von einem Rechtsmangel ist es gleichzusetzen, wenn der Käufer mit seinem Vorliegen gerechnet und das Risiko, daß diese Annahme richtig sei, bewußt in Kauf genommen hat.

BGH, Urteil vom 20. 12. 1978 - VIII ZR 114/77 (Oldenburg)

Zum Sachverhalt:

Die Bekl. kaufte von der Kl., einer niederländischen Handelsgesellschaft, ca. 100 t Motoröl in Dosen. Das aus amerikanischen Importen stammende Motoröl war von der Bekl. zum Weiterverkauf in der Bundesrepublik bestimmt und sollte von ihr bei der Kl. in den Niederlanden in Teillieferungen abgeholt werden. Nach wiederholtem Drängen seitens der Kl. nahm die Bekl. 400 Kartons ab und bezahlte sie. Weitere Abnahmen lehnte sie mit der Begründung ab, das Motoröl sei in der Bundesrepublik nicht verkäuflich; die Firma A habe sie - die Bekl. - darauf hingewiesen, daß der Firma B an dem Öl ein Patentrecht zustehe; für den Fall des Weiterverkaufs habe ihr zudem die Firma A unter Hinweis auf ihr Alleinvertriebsrecht für die Bundesrepublik gerichtliche Schritte angedroht; diesen Rechtsmangel habe die Kl. ihr - der Bekl. - bei Vertragsabschluß bewußt verschwiegen, sie vielmehr in der Annahme bestärkt, daß der Absatz in der Bundesrepublik nicht auf Schwierigkeiten stoßen werde. Die Kl. macht u.a. geltend, der Bekl. seien bei Vertragsabschluß die beim Absatz in der Bundesrepublik zu erwartenden Schwierigkeiten bekannt gewesen; sie habe diese jedoch hingenommen.

Das *LG* hat der auf Zahlung gerichteten Klage Zug um Zug gegen Lieferung stattgegeben. Die Berufung der Bekl. ist sachlich ohne Erfolg geblieben. Die Revision führte zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

III. Das BerGer. unterstellt, daß das von der Kl. an die Bekl. verkaufte Öl unter den Schutzbereich eines zugunsten der Firma *B* bestehenden Patents falle und damit mit einem Rechtsmangel behaftet gewesen sei. Gleichwohl könne die Bekl. daraus ein Rücktrittsrecht deswegen nicht herleiten, weil ihr die Tatsachen, auf die sie das Bestehen des Rechtsmangels stütze, bereits bei Vertragsschluß bekannt gewesen seien. Sie habe auch nicht nachgewiesen, daß die Kl. ihr die Verkaufsfähigkeit des Motoröls in der Bundesrepublik - als Voraussetzung für einen Gewährleistungsanspruch - zugesichert habe; für den Fall des Weiterverkaufs habe ihr zudem die Firma *A*